

**Gegen Rassismus,
Neonazismus und
Krieg**

Aktionstag am 12. September,
13 – 15 Uhr, Lustgarten

Foto: Joachim Pampel



Seit 25 Jahren in Hohenschönhausen

Eigentlich bin ich Anwärterin auf den Preis für den ältesten HOWOGE-Mietvertrag, denn seit Ende 1984 wohne ich an der Falkenberger Chaussee. Erst einige Monate zuvor hatte E. H. den Grundstein für das Neubaugebiet gelegt, und „unser Karree“ war das erste, das bezugsfertig wurde. Zwar gehörte die Riesenbaustelle noch zu Weißensee, aber wir neuen Mieter wussten: Hier entsteht der 10. Stadtbezirk. Diesen Status erhielt Hohenschönhausen am 1. September 1985, da wohnte ich schon fast neun Monate hier.

Es zogen vor allem junge Familien ein – wir „Alten“ (um die 50) waren eher die Ausnahme. Gute Nachbarschaft war selbstverständlich, und der „Subbotnik“ im Frühjahr und Herbst wurde zum Hausfest. Alle freuten sich über die neuen, komfortablen Wohnungen und nahmen die Bauarbeiten in der Umgebung und auf der Straße in Kauf. Die Fußspuren im Beton sind an einigen Stellen immer noch zu sehen.

Als Genossin engagierte ich mich im Wohngebiet und leitete im Kulturbund einen „Freundeskreis Literatur“. Neben unseren internen Literaturgesprächen gab es gemeinsam mit der „Anna-Seghers-Bibliothek“ interessante

Veranstaltungen, z. B. mit dem damaligen „Literaturminister“ Klaus Höpcke. Am 9. November 1989 trat Stefan Heym im überfüllten Foyer der Bibliothek auf. So manifestierte sich die Hohenschönhausener „Glasnost“.

In der „Neuzeit“, die auf diese kurze Periode folgte, blieben wir ein „linker“ Stadtbezirk. Obwohl die PDS von Anfang an die stärkste politische Partei war, wurde sie nach Kräften ausgegrenzt. Es war die Zeit der „Zählgemeinschaften“. Ab 1995 hatten wir aber mit Bärbel Grygier eine linke Bürgermeisterin, die Hohenschönhausen in das internationale „Netzwerk gesunde Städte“ einbrachte.

Im Jahr 2000 fusionierten Lichtenberg und Hohenschönhausen zum Großbezirk. Es war – weil vom Dieppen-Senat verordnet – keine „Liebesheirat“.

Inzwischen sind wir zusammengewachsen. Unsere Bürgermeisterin kommt wieder aus Hohenschönhausen. Sie hat viel Bürgernähe in die Kommunalpolitik gebracht. Das hat Lichtenberg im In- und Ausland einen guten Ruf verschafft. Heute bin ich stolz, dass mein Stadtbezirk eine Hochburg der LINKEN und ein Beispiel erfolgreicher linker Kommunalpolitik ist.

Inge Junginger

Den Wahlen entgegen

Von Wolfgang Schmidt

Der Bezirksvorstand hat auf seiner vorletzten Sitzung den Fahrplan zu den Wahlen 2011 und Grundlagen der Personalfindung beschlossen. Aufbauend auf die erreichten Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2009 wollen wir unsere Position als stärkste Partei im Bezirk festigen. Wir wollen alle sechs Abgeordnetenhaus-Wahlkreise gewinnen und erneut die Bezirksbürgermeisterin stellen. Ziel ist es, als stärkste Fraktion in die Bezirksverordnetenversammlung einzuziehen. Mit unseren bisherigen Wahlergebnissen haben wir eine Verantwortung über unseren Bezirk hinaus.

Bei unseren Wahlaussagen wollen wir uns auf eine überschaubare Zahl von Schwerpunkten konzentrieren. Wir wollen sowohl einen bezirks- und kiezspezifischen als auch einen zielgruppenorientierten Wahlkampf führen.

Zur Vorbereitung und Führung des Wahlkampfes wird im Oktober ein Wahlkampfstab gebildet. Am 27. und 28. November findet die 1. Tagung des 3. Landesparteitages statt. Auf ihr werden der Zeitplan und die Listenform beschlossen, mit der wir 2011 zur Wahl antreten werden.

Vor dieser Tagung muss eine Hauptversammlung die 28 Lichtenberger Delegierten zum 3. Landesparteitag wählen.

Am 19. März 2011 beschließt eine weitere Tagung des Landesparteitages das Wahlprogramm der Berliner LINKEN. Ende März/Anfang April 2011 findet eine weitere Hauptversammlung statt, auf der die Wahlkreiskandidaten und die BW-Liste gewählt werden. Schließlich findet am 9. und 10. April 2011 eine Landesvertreterversammlung statt, die die Landesliste zur Abgeordnetenhaus-Wahl bestimmt.

In dieser Ausgabe

- Vietnamesen in Lichtenberg (Seite 2)
- Mieterpreisausschreiben (Seite 3)
- Volksbegehren „Unser Wasser“ (Seite 4)
- Geld für Bildung (Seite 5)
- Programmdebatte (Seite 6)
- 100 Tage neuer Bundesvorstand der LINKEN (Seite 7)



Vietnamesen in Lichtenberg

Anlässlich des Nationalfeiertages der Sozialistischen Republik Vietnam sprach Inge Junginger für „info links“ mit Nguyen Son Thach, Projektleiterin in der Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg.

- **„info links“:** Wie viele Bürger vietnamesischer Abstammung leben in Lichtenberg?
- **Nguyen:** Von den ungefähr 11 000 Vietnamesen in Berlin sind es in Lichtenberg 4 300. Viele sind ehemalige Vertragsarbeiter und ihre Nachkommen, andere sind später nach Deutschland gekommen, auf Grund von Familienzusammenführung, zum Studium oder als Gastarbeiter. Nicht alle sind uns bekannt.
- **„info links“:** Zum Beispiel die Zigarettenhändler?
- **Nguyen:** Die leben zumeist illegal hier, haben viel Geld an Schleuser gezahlt und auf ein gutes Leben in Deutschland gehofft. Sie sind auch an kriminelle Banden geknüpft. Da haben wir keinen Einfluss.
- **„info links“:** Sind die meisten Vietnamesen in Deutschland eingebürgert?
- **Nguyen:** Nein, nur etwa 20 Prozent. Die Hürden sind hoch, zwei Eignungstests müssen bestanden werden. Auch wer schon lange hier lebt, kennt sich mit deutscher Geschichte und der politischen Ordnung nicht so gut aus. Unser Verein versucht, durch die Vermittlung entsprechender Lehrgänge zu helfen.
- **„info links“:** Wie sind sie in Lichtenberg integriert?
- **Nguyen:** Wer legal hier lebt, ist auch gut integriert. Im Unterschied zu anderen Migrantengruppen fallen die Vietnamesen nicht auf, sie leben ruhig. Viele sind als Blumen- oder Gemüsehändler, Imbissbetreiber usw. selbständig. Aber es gibt auch 20 Prozent Hartz-IV-Empfänger, und wer einen Job hat, erhält zumeist Niedriglohn und muss beim Jobcenter Aufstockung beantragen.
- **„info links“:** Wie sind die Sprachkenntnisse und der Bildungsstand?
- **Nguyen:** Sehr differenziert, wie alles. Da gibt es diejenigen, die zum Studium in die DDR gekommen und hiergeblieben sind. Wie ich (lacht). Aber viele ehemalige Vertragsarbeiter können nur schlecht Deutsch. Sie waren eben zur Arbeit hier, können Deutsch verstehen und etwas sprechen, aber kaum lesen und schreiben. Mit den später Zugewanderten sieht es nicht anders aus (während unseres Gesprächs erhielt Nguyen vier Anrufe mit der Bitte um Dolmetscherdienste). Etwa 800 Kin-

Foto: Vereinigung der Vietnamesen in Berlin und Brandenburg



der und Jugendliche gehen in die Schule. Die meisten lernen recht gut, 70 Prozent werden von den Lehrern fürs Gymnasium vorgeschlagen. Aber Schulnoten sind auch nur relativ.

● **„info links“:** Wie überall! Pflegen Sie die vietnamesische Kultur, und wie ist die Bindung zum Heimatland?

● **Nguyen:** Das ist unsere wichtigste Aufgabe. Wir selbst haben künstlerische Arbeitsgemeinschaften, und da gibt es auch noch die „Reistrommel“ und die „Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen“.

Wir unterrichten die Kinder in Vietnamesisch, denn wenn sie hier in den Kindergarten

Kinder lernen Vietnamesisch

und in die Schule gehen, können sie ihre Muttersprache nicht mehr. Die Bindungen zu Vietnam sind sehr stark, aber leider haben die meisten nicht genug Geld, um jedes Jahr nach Hause zu fahren.

● **„info links“:** Haben Sie auch Verbindung zu SODI?

● **Nguyen:** Natürlich! Ilona Schleicher (sie engagiert sich für SODI in verschiedenen Ländern) tut ja sehr viel für Vietnam.

● **„info links“:** Vielen Dank für das Gespräch.

Herzlichen Glückwunsch – Lời chúc chân thành

Vor 65 Jahren, am 2. September 1945, rief Ho Chi Minh die Demokratische Republik Vietnam aus. Für Vietnam ging damit eine lange Periode kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung zu Ende. Aber statt des erhofften friedlichen Aufbaus folgten dreißig Jahre eines opferreichen Kampfes für die Bewahrung der Unabhängigkeit und für die Wiedererlangung der staatlichen Einheit des Landes. Eine breite internationale Solidarität begleitete diesen Kampf. Ihre Zeichen sind lebendig geblieben – in Vietnam und in unserem Stadtbezirk, in dem viele vietnamesische Bürgerinnen und Bürger leben und arbeiten. Ihnen gilt unser Glückwunsch zum Nationalfeiertag.

Bezirksvorstand der Lichtenberger LINKEN und Redaktion der „info links“

Cách đây 65 năm, ngày 02.09.1945 cụ Hồ Chí Minh đã tuyên bố thành lập nước Việt nam dân chủ cộng hòa. Với Việt nam đã kết thúc một giai đoạn dài bị bóc lột và áp bức. Đáng lẽ được hưởng hòa bình xây dựng thì lại diễn ra ba mươi năm chiến đấu đầy hy sinh để bảo vệ độc lập và giành lại thống nhất đất nước.

Một sự đoàn kết quốc tế rộng rãi đã sát cánh cuộc chiến này. Những dấu hiệu đó vẫn còn sống động – ở Việt nam cũng như ở quận ta, nơi có nhiều công dân Việt nam sống và làm việc. Chúng ta chúc mừng họ cho ngày quốc khánh.

BCH quận Lichtenberg đảng CÁNHN TẢ và ban biên tập tờ „Thông tin tả“.

(Übersetzt von Vu Tien Dung)



Wir wohnen gern hier

„Ist das wirklich wahr? Ich habe doch noch nie gewonnen!“ Brigitte Schreiber zur Mitteilung, dass sie und ihr Mann Gerhard zu den Gewinnern des Preisausschreibens um den ältesten Mietvertrag in Neu-Hohenschönhausen gehören. Die Verwunderung ist besonders verständlich, wenn man erfährt, dass die Zuweisung für diese Vier-Zimmer-Wohnung Anfang September 1985 in die Egon-Erwin-Kisch-Straße eher ein Zufall war, weil die Urlaubsvertretung in der Wohnungsverwaltung sich bei den Namen der beiden Jungen des Paares in den eines Mädchens und eines Jungen „verschrieben“ hatte. „Die Kinder sind längst groß, aber wir wohnen noch immer hier“, sagte Frau Schreiber.

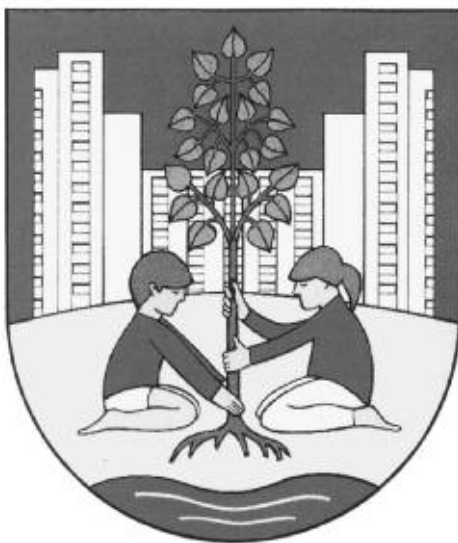
Für den zweiten „Zufall“ ihrer persönlichen Wohnungsgeschichte erhielten die Schreibers jetzt die damals gültige DDR-Monatsmiete in Euro ausgezahlt. Sie und drei weitere bis heute in ihren Erstwohnungen noch beheimatete Familien sind die Empfänger der Preise, die aus Spenden der Fraktionsmitglieder der LINKEN in der BVW gestiftet wurden.

Kein Zufall ist es, ...

dass viele Menschen seit einem Vierteljahrhundert gern in Hohenschönhausen leben. Das wurde beim Ortstermin deutlich, den „info links“ am Brunnen der Jugend mit einigen der Gewinner vereinbaren konnte. „Mit Nachbarn gehen wir nach wie vor gern in die ehemalige Feldmarkschenke am Prerower Platz oder zum Kegeln ins Weiße Haus an der Prendener Straße“, erzählten Karin und Wilfried Hornschuch aus der Wustrower Straße. Sie erhielten durch Losentscheid den Sonderpreis für den überhaupt ersten Mietvertrag in Neu-Hohenschönhausen. Und obwohl die Schreibers und die Hornschuchs sommers ihre Wochenenden eher „im Garten“ außerhalb Berlins verbringen, sprechen sie gern von Abendspaziergängen in der Feldmark (Schreibers) und von kleinen Ausflügen mit dem Picknickkorb zum Malchower See (Hornschuchs).

Mit Genugtuung heben sie hervor, dass die gute alte Platte modern saniert ist. Ärztehäuser, Apotheken, alltägliche Einkäufe gibt es vor der Haustür, und das Stadtzentrum ist

Die „Alten“ Hohenschönhausener: Wilfried Hornschuch, Karin Hornschuch, Inge Junginger und Brigitte Schreiber (v. l. n. r.) am Brunnen der Jugend auf dem Stadtplatz Wartenberger Straße/Ecke Wustrower Straße
Bild oben: Das erste Wappen von Hohenschönhausen



verkehrsgünstig erreichbar. Wie zahlreiche Begleitschreiben zu den eingereichten Mietvertragskopien belegen, denken die anderen 65 Teilnehmer an diesem außergewöhnlichen Wettbewerb ähnlich.

Aber nicht alle Bäume ...

wachsen in den Himmel. Zwar wird an den sanierten Wohnungen oder z. B. mit dem Kindergartenneubau in der Wustrower Straße sichtbar, wie sich die Verhältnisse veränderten, seitdem „unsere Kinder mit Gummistiefeln hier zur Schule gingen“, meinte Herr Hornschuch. Nach einem Vierteljahrhundert er-

scheint das inzwischen ebenso normal wie manchen Ecks inzwischen etagenhohe Baumwälder. Aber nicht nur die jungen Ahornreihen am Brunnen weisen darauf hin, dass keineswegs alle Bäume in den Himmel wachsen. Spontane Befragungen des Vor-Ort-Reporters bringen z. B. ans Licht, dass manche Straßen und Plätze „vermüllen“ und Kinderspielplätze von Jungerwachsenen der verschiedensten Kulturkreise übervölkert werden. Andererseits ist manchem der Begriff Bürgerhaushalt noch unbekannt.

Dem gegenüber ...

werden zwei Namen aus dem Bezirk immer wieder genannt: Gesine Löttsch und Christina Emmrich – Politikerinnen zum Anfassen. Sie haben Lichtenberg über die Grenzen von Berlin hinaus bekannt werden lassen – als langjährige erfolgreiche Vorsitzende des stärksten Bezirksverbandes der LINKEN und Bundesvorsitzende die eine und als Seele des Bürgerhaushaltes die andere. Das scheint ebenso charakteristisch für den Bezirk zu sein wie es einen Anspruch an uns alle kennzeichnet.

„Die Fraktion DIE LINKE will weiter daran arbeiten, dass alle Bürgerinnen und Bürger gern in Hohenschönhausen wohnen“, schrieb Christian Petermann an die Teilnehmer des Preisausschreibens. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sollen mit ein wenig Stolz sagen können: „Ich bin ein Hohenschönhausener.“

Joachim Pampel



Foto: Joachim Pampel



Volksbegehren „Unser Wasser“

Gegenwärtig läuft die zweite Stufe des Volksbegehrens „Unser Wasser“. Die Initiatoren vom „Berliner Wassertisch“ und ihre Unterstützer müssen bis zum 27. Oktober 172 000 Unterschriften sammeln, um einen Volksentscheid über die vollständige Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung der Berliner

Wasserbetriebe zu erwirken. Dies ist ein Thema, das die Landespolitik bereits seit Jahren begleitet.

Teures Wasser sichert Traumrendite

Doch in Wahrheit wurden die Berliner Wasserpreise mit einer Steigerung von 35 Prozent seit 2004 auf bundesdeutsches Spitzenniveau katapultiert und die Investitionen in Qualitäts- und Versorgungssicherung der Wasserbetriebe nachhaltig gesenkt. Auch die Beschäftigten bekamen die neuen Prioritäten recht bald zu spüren: Durch Ausgliederungen und Leiharbeit wurden Tarifvereinbarungen unterlaufen und zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut. Im Gegenzug erzielten die Privatinvestoren Rekordrenditen bis hin zu einer Höhe von 13 Prozent im Jahr 2007.

Möglich machten dies die Konditionen des geheimen Teilprivatisierungsvertrages: „Privat vor Staat“ bedeutet hier, dass den Investoren eine Rendite von ca. 8 Prozent mit einer Laufzeit von 28 Jahren garantiert wird, wohingegen Endverbraucher und Staat das Risiko für diese „Unternehmer“ allein tragen. Die Initiatoren des Berliner Volksbegehrens „Unser Wasser“ gehen daher davon aus, dass der Vertrag sowohl materiell verfassungs- als auch sittenwidrig ist und fordern die vollständige Offenlegung.

Mit dem Volksbegehren wollen die Initiatoren nun erreichen, dass die Bürger, die das alles zu bezahlen haben, und nicht nur zu Verschwiegenheit verpflichtete Abgeordnete den vollen Einblick in den Teilprivatisierungsvertrag erhalten.

Druck aufmachen

Gleichzeitig dient das Volksbegehren auch der Erhöhung des politischen Drucks auf die Verantwortlichen, die Wasserversorgung zurück in kommunale Hand zu überführen. Und diese Strategie zeigt Wirkung: Nicht umsonst fühlt sich SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller derzeit genötigt, offen eine Rekommunalisierung zu erwägen.

Wer in Lichtenberg das Volksbegehren unterstützen will, kann dies jeden Donnerstag von 11 bis 17 Uhr an den Ständen des „Berliner Wassertisch“ am S-Bahnhof Frankfurter Allee tun. Weitere Stände finden an verschiedenen Orten und Zeiten in der Frankfurter Allee statt. Alle Unterlagen zum Volksbegehren können unter www.berliner-wassertisch.net oder in jedem Bürgeramt bezogen und eingereicht werden.

Michael Niedworok

Im Sommerloch aktiv

Auch im August waren Aktive der Partei DIE LINKE vor dem Lichtenberger JobCenter, um Empfänger von Arbeitslosengeld II auf das Angebot einer kostenlosen Sozialrechtsberatung in der Lichtenberger Geschäftsstelle der Partei aufmerksam zu machen. Außerdem wurden Unterschriften für die Petition zur Streichung der Sanktionsmöglichkeiten nach § 31 SGB II gesammelt. Erneut war die Resonanz beträchtlich. Damit haben wir auch im „Sommerloch“ bewiesen, dass wir als Partei nicht nur vor Wahlen für sozial benachteiligte Menschen im Bezirk aktiv sind.

Michael Niedworok



Seit ihrer Teilprivatisierung 1999 befinden sich die Berliner Wasserbetriebe zu 49,9 Prozent in Hand der privaten Investoren Veolia und RWE. Es war die Große Koalition unter Eberhard Diepgen, die dieses „Meisterstück der Privatisierung“ unter der Devise „Privat

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Grüne Lieblingsplätze

Haben Sie einen Lieblingsplatz im grünen Lichtenberg? Welche Parks sind Ihnen unangenehm? Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat wieder eine Befragung gestartet, mit der sie sich Erkenntnisse für die Grüngestaltung erhofft. Teilnahme unter: www.berlin.de/ba-lichtenberg.

Fahrradverkehr verbessern

Berlin soll fahrradfreundlicher werden. Das erfordert vor allem sichere Verkehrswege für Radfahrer. Viele Radwege in Lichtenberg wurden schon ausgebaut und saniert. Das Bezirksamt bittet alle Bürger um Hinweise, wo noch dringend gehandelt werden muss.

Klimaschutzkonzept

Im September startet das „integrierte kommunale Klimaschutzkonzept für Lichtenberg“. Es umfasst 30 Maßnahmen, darunter Energieprojekte an Schulen, die Einrichtung eines Klimaschutzrates und Energie-Checks in Handwerksbetrieben. Seine Verwirklichung ist bis 2020 geplant.

IKEA-Start im Dezember

Am 26. August feierte das neue Einrichtungshaus IKEA Berlin-Lichtenberg an der Landsberger Allee/Ecke Rhinstraße Richtfest. Im Dezember soll es eröffnet werden. Auf die Kunden warten 21 000 m² Verkaufsfläche sowie gute Parkmöglichkeiten.

Kita-Bilanz

Eine Bilanz nach vier Jahren Tätigkeit des Kommunalen Eigenbetriebs „Kindergärten Nord-Ost“ hat jetzt Bezirksstadtrat Michael Räßler-Wolff vorgelegt. Auch der Bericht aus dem Verwaltungsrat des Eigenbetriebes für das Jahr 2009 wurde veröffentlicht. Weitere Infos unter Telefon: 902 96 63 00

Neue Info-Broschüre

Eine neue Informationsbroschüre des Bezirksamtes liegt in allen Bürgerämtern, den Bibliotheken, der Volkshochschule und in der Musikschule aus. Besonders zu empfehlen: der beigefügte Stadtplan mit Tipps zum Besuch von Sehenswürdigkeiten.

Geld für Bildung statt Bildungscard

Die Bildungscard ist die neuste Idee aus dem Hause Ursula von der Leyen. Sie gehört zu dem „Bildungspaket“, mit dem die CDU-Arbeitsministerin nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die Bildungs- und Teilhabechancen von Hartz-IV-Kindern erhöhen will. Mit der Bildungscard sollen die Kinder in der Lage sein, kostenfrei Musikschulen und Sportvereine zu besuchen oder Schulmaterial zu kaufen.

Dafür könnte man natürlich auch einfach die Regelsätze erhöhen, den betroffenen Familien also mehr Geld überweisen. Dieser Weg aber kommt für die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht in Frage. Stattdessen nimmt man zusätzliche Kosten für die Erstellung der Bildungscard und eine Zunahme bürokratischer Verwaltung in Kauf. Das zusätzliche Geld, so die offizielle Begründung, solle doch direkt den Kindern zugute kommen.

Tatsächlich ist die Idee der Bildungscard nicht neu, sondern vielmehr alter Wein in neuen Schläuchen. CDU, FDP und auch Teile der SPD liebäugeln schon lange mit der Idee, Sozialleistungen in Form von Gutscheinen auszugeben. Dahinter stecken tiefes Misstrauen und diskriminierende Vorurteile gegenüber den Bedürftigen. Thilo Sarrazin ist leider

nicht der einzige, der davon überzeugt ist, dass Hartz-IV-Familien das Geld eher in den neuen Plasma-TV, in Tabak oder Alkohol stecken, statt den Kindern gesunde Nahrungsmittel oder Klavierunterricht zu bezahlen. Die schwarz-gelbe Bildungscard fördert diese Vorurteile und vertieft die Spaltung zwischen den Privilegierten und den Armen.

Daran ändern auch Ideen nichts, die Bildungscard *allen* Kindern, also nicht nur den armen und sozial benachteiligten, zukommen zu lassen. Denn die Ausgaben für neue bürokratische Strukturen, für Softwareentwicklung und die massenhafte Anschaffung entsprechender Kartenlesegeräte bleiben.

Das kann und wird DIE LINKE nicht zulassen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität stehen wir an der Seite der Schwächsten dieser Gesellschaft.

In Berlin haben wir dafür gesorgt, dass diese stigmatisierende Gutscheinpraxis bei den Asylbewerbern beendet wurde. Statt der Bildungscard sollte Schwarz-Gelb das Kooperationsverbot für die Bildung zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz aufheben. Die Länder brauchen dringend Geld, um die Bildungseinrichtungen für alle Kinder zu verbessern.
Sebastian Schlüsselburg



Foto: Silke Wank

Bezirksverordnete der LINKEN und Mitglieder des Lichtenberger Bezirksvorstandes traten am Sonntag, dem 28. August, beim Rummelsburger Wasserfest zum Wettstreit um den Drachbootcup der Bürgerhilfe an. Auch wenn hart um Sieg und Platz gepaddelt wurde – entscheidend war das Mitmachen und das Erlebnis, dass gemeinsame Anstrengungen zusammenschweißen.

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 4.9., 14 – 23 Uhr**
„Ein Fest für Allende“, lateinamerikanischer Markt, szenische Lesung, 20.30 Uhr: Konzert mit Chico Trujillo; Wabe, Danziger Straße 101, Prenzlauer Berg
 - **Sonnabend, 4.9., 14.30 Uhr**
Familienrenntag; Trabrennbahn Karlshorst
 - **Sonnabend, 4.9., 19 Uhr**
Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Kundus-Massakers; Heilig-Kreuz-Kirche, Zossener Straße 65
 - **Sonntag, 5.9., 9 Uhr**
Friedrichsfelder Gartenlauf; Schwarzmeerstraße
 - **Sonntag, 5.9., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Militär raus aus der Schule?“, mit Kirill Jermak
 - **Montag, 6.9., 19.30 Uhr**
„Rot-Rot in Brandenburg“, mit Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8 – 10
 - **Sonnabend, 11.9., 10 Uhr**
Historischer Kiezspaziergang mit Christina Emmrich; Treffpunkt: Brunnen der Jugend, Wustrower Straße, neben dem Kino
 - **Sonnabend, 11.9., 13 Uhr**
Demo: „Freiheit statt Angst – stoppt den Überwachungswahn!“; Potsdamer Platz
 - **Mittwoch, 15.9., 18.30 Uhr***
„Aufbruch aus der Krise. Reform, Revolution, Transformation“, Gesprächsrunde zur Programmdebatte mit Prof. Dieter Klein
 - **Donnerstag, 16.9., 17 – 19 Uhr***
Sozialrechtsberatung
 - **Sonnabend, 18.9., 13 Uhr**
„Atomkraft: Schluss jetzt!“, Groß-Demo, Platz der Republik (vor dem Reichstag)
 - **Donnerstag, 23.9., 17 Uhr**
43. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Regionalkonferenz

Regionalkonferenz der Landesverbände Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zur Programmdebatte

Sonnabend, 18. September, 11 – 18 Uhr, Rostock, Stadthalle, Südring 90

Interessierte melden sich bitte beim Bezirksvorstand (Telefon: 512 20 47).

Replik

zu Peter-Rudolf Zotls Kritik des Programm-entwurfs („info links“ 5/10) von Ralf Krämer, Mitglied der Programmkommission (gekürzt, vollständige Fassung unter www.die-linke.de)

Peter-Rudolf Zotl wirft dem Programmentwurf vor, seine Kapitalismusanalyse ignoriere die heutige Situation, die fundamental anders sei als früher ... Zotls Kritik trifft tatsächlich nicht den Programmentwurf, sondern fällt auf ihn zurück. Er hat offenbar ein falsches Bild von der gesellschaftlichen Realität und nebenbei missinterpretiert er Marx und unterschiebt ihm Aussagen, die er nicht gemacht hat. Marx hat analysiert, dass in der automatisierten Produktion die Bedeutung der unmittelbaren Arbeit in der Produktion sich reduziert. ...

Das bedeutet aber keineswegs, dass die Arbeit nicht mehr die Quelle der Wertschöpfung sei, sondern dass die unmittelbare Arbeit in der materiellen Produktion nur noch ein kleiner werdender Teil der gesellschaftlich notwendigen wertschöpfenden Arbeit ist. ...

Vor allem aber erweitern sich ... die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten außerhalb der unmittelbaren materiellen Güterproduktion ... Ein überwiegender Teil dieser Arbeiten

wird heute als kapitalistische Lohnarbeit organisiert und ausgebeutet ... Ein anderer wichtiger und zugleich vernachlässigter Teil dieser Arbeiten wird von Staat, Kommunen oder Sozialversicherungen der Gesellschaft ohne (oder ohne kostendeckendes) Entgelt zur Verfügung gestellt ... diese Dienstleistungen müssen... durch Steuern und Sozialbeiträge finanziert werden und sie werden erbracht durch Lohnarbeit im öffentlichen Dienst oder in anderen Bereichen ... Empirisch kann jedenfalls von einer abnehmenden Bedeutung der Lohnarbeit oder (die Selbstständigen einbeziehend) der Erwerbsarbeit keine Rede sein.

Marx hat diese Entwicklungen des Dienstleistungskapitalismus und des Sozialstaats nicht analysiert, es gab sie damals noch nicht. Er hat aber auch nie geschrieben, was Zotl ihm unterstellt. Sondern er hat betont, dass Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen notwendig ist ...

Der Programmentwurf leistet keine umfassende Darstellung der Produktionsverhältnisse des heutigen Kapitalismus ... Aber die enthaltenen analytischen Ausführungen sind zutreffend, und die formulierten Alternativen

und Forderungen gehen von der heutigen Realität aus. Zotl dagegen schreibt, die These, dass Arbeit für alle da sei, wird grundfalsch, wenn wir darunter vor allem die klassische Wert schöpfende Erwerbsarbeit verstehen ... Arbeit vor allem im soziokulturellen Bereich ... erzeugt keine materielle und finanzielle Werte schöpfenden Produkte. Eine moderne linke Partei müsste sich doch angesichts dessen grundsätzlich fragen, ob bzw. wie lange es noch angemessen ist, die individuelle Existenzsicherung generell an die individuelle Teilnahme am materiellen Produktionsprozess zu koppeln, wenn dieser immer weniger auf den Menschen angewiesen ist.

... diese Bemerkungen haben mit dem Programmentwurf nichts zu tun. Dieser fordert jedenfalls mehr Arbeitsplätze vor allem in öffentlichen und sozialen Dienstleistungen sowie Arbeitszeitverkürzung als Weg zu neuer Vollbeschäftigung. Und macht auch konkrete Vorschläge, wie das zu organisieren und sozial gerecht solide zu finanzieren sei. Abgesehen davon bindet er Existenzsicherung keineswegs an die individuelle Teilnahme am Produktionsprozess (schon gar nicht am materiellen), sondern sieht dafür im Bedarfsfall selbstverständlich ausreichend hohe Sozialleistungen vor ...

Marxistisch oder Marxismus?

von Peter-Rudolf Zotl

Was entgegnet man auf den Vorwurf, sowohl Marx als auch den Programmentwurf sowie die Realität zu verzerren? Zunächst wollte ich gar nicht antworten, denn solch Rundumkritik erinnert mich fatal an Meinungstotschlag. Und für ernste theoretische Debatten ist „info links“ nicht der Platz. Doch zwei Anmerkungen will ich machen:

Produktivkräfte sind revolutionär

Erstens hat Marx in genialer Weise den Kapitalismus analysiert, wie er sich zu seiner Zeit, also unter den Bedingungen der maschinellen Großproduktion, herausbildete. Es ist also normal, dass man bei ihm und Engels überwiegend Zitate findet, die sich genau damit befassen. Doch das eigentlich Allgemeingültige bei Marx ist die konsequent materialistische Methode, gesellschaftliche Verhältnisse zu analysieren, vor allem deren Potenziale aus der dynamisch-revolutionären Rolle der Produktivkräfte abzuleiten. Beim Nachdenken

über deren Entwicklungsperspektiven kamen Marx und Engels zu der Prognose, die mit dem Stichwort von der „automatisierten Großproduktion“ angedeutet worden ist.

Es ist nach meiner Auffassung marxistisch, diesen Denk- und Analyseansatz von der dynamischen Rolle der Produktivkräfte konsequent auf das Heute anzuwenden. Sich ohne Beachtung von Raum und Zeit darauf zu berufen, was Marx konkret gesagt hat, bildet eine am Ende unproduktive Nähe zu einem orthodoxen Marxismusverständnis. Auf solche Unterscheidung zwischen marxistischem Denken und dogmatischem Marxismus hatte sich die junge PDS übrigens bereits 1990 geeinigt.

Eine neue Arbeitswelt

Zweitens ist es für die Realität der heutigen Arbeitswelt immer typischer, dass aufgrund der Produktivkraftentwicklung ganze Produktionsprozesse vollautomatisch gesteuert werden und ablaufen. Die bislang für den materiellen Produktionsprozess unabdingbare Kette zwischen dem Menschen und der Maschine wird immer weniger notwendig. Längst hat diese Entwicklung auch im Handwerk, in der Landwirtschaft, in der Verwaltung und anderswo zu dominieren begonnen. Kurz: Durch

die moderne Produktivkraftentwicklung geschieht die materielle Wertschöpfung mit immer weniger Beschäftigten. Aber da, wo ein rapid wachsender gesellschaftlicher Bedarf an qualifizierter Arbeitskraft vorhanden ist (vor allem im soziokulturellen Bereich), werden zwar unschätzbare gesellschaftliche Werte geschaffen, aber es erfolgt keine materielle Wertschöpfung zur Finanzierung neuer Arbeit. Dieser Bereich bringt nicht, sondern kostet – trotz prekärer Arbeitsverhältnisse und Bezahlung – immer mehr Geld.

Kann man angesichts solcher grundlegenden Entwicklungsbrüche – und das war meine Grundüberlegung – als Linke bei der Erarbeitung eines Programms für die kommenden zehn, fünfzehn Jahre noch auf solche soziale Lösungen setzen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, denen aber schon heute durch die Entwicklung der Produktivkräfte immer mehr die Grundlage entzogen wird? Oder müssen wir nicht intensiv darüber nachdenken, was man als sachgerechte Alternative zur herrschenden Strategie des Sozial- und Demokratieabbaus der Gesellschaft anbieten will? Ich fände es gegenüber der Gesellschaft unverantwortlich, schon diese Fragestellung zu verdammen.

100 Tage

Von Gesine Löttsch, MdB

100 Tage sind um! Die neue Parteiführung kann sich über mangelndes Interesse der Medien nicht beklagen. Allerdings sind es nicht immer die Schlagzeilen, die wir unbedingt wollen.

Medieninteressen

Ich will mich gar nicht im Detail zu den Vorwürfen gegen Klaus Ernst äußern. Klar ist, dass es vielen Medienvertretern nicht um Aufklärung geht, sondern um Diskreditierung der gesamten Partei. Wieder soll der Eindruck vermittelt werden, dass wir uns nur um uns selbst kümmern, doch dieser Eindruck ist falsch!

Ich erlebe es ständig bei Pressekonferenzen: In der Regel trage ich den Journalisten zu sechs Punkten vor. In den ersten fünf Punkten geht es um die Probleme der Menschen, um Hartz IV, um die Rente, um die Kopfpauschale, um den Mindestlohn, um den Krieg in Afghanistan – im letzten Punkt dann um Vorwürfe gegen Klaus Ernst. Am nächsten Tag lese ich in der Regel nur etwas zum sechsten Punkt. Ich bin für eine kritische Berichterstattung über unsere Partei, doch ich bin auch dafür, dass unsere Wählerinnen und Wähler über unsere politischen Forderungen informiert werden.

Aus der Krise gekommen

Die ersten 100 Tage des neuen Parteivorstandes versteht man nur, wenn man sich an den Januar 2010 erinnert. Unsere Partei erlebte die schwerste Krise in ihrer dreijährigen Geschichte. Einige Medien prognostizierten die Spaltung und sogar den Untergang der Partei. Alle diese Prognosen und Prophezeiungen haben sich nicht bestätigt.

Dann begann der Wahlkampf um das Amt des Bundespräsidenten. Das war für die Partei eine Herausforderung. Wir haben in der Bundesversammlung klare Botschaften nicht nur an unsere großartige Kandidatin Luc Jochimsen, sondern auch an Christian Wulff und Joachim Gauck gesandt. SPD und Grünen ist es nicht gelungen, unsere Delegation zu spalten. Wir standen klar zu dem, was wir vor der Wahl gesagt hatten, nämlich niemanden zu wählen, der Krieg und Sozialabbau unterstützt.

In die 100-Tage-Bilanz fällt auch die Regierungsbildung in NRW. Nur durch die disziplinierte Enthaltung der Fraktion DIE LINKE bei der Wahl der Ministerpräsidentin wurden unsere ersten Wahlversprechen eingelöst, und es wurde eine Tür zu einem Politikwechsel in

NRW geöffnet. Ob die Minderheitenregierung den Mut aufbringt, durch diese Tür zu gehen, werden wir genau beobachten.

Der Parteivorstand will sich nicht mit fremden Federn schmücken. Die Hauptarbeit haben die Genossinnen und Genossen in NRW geleistet. Wichtig war für uns, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesvorstand und der NRW-LINKEN sehr gut war und ist.

Wir wollen als Parteivorsitzende in Zukunft ganz eng mit den Landesvorständen zusammenarbeiten und planen die Besuche aller Landesvorstände und Landtagsfraktionen bis Ende 2011. Vor Ort wollen wir sehen, wie sich die Partei in den Landesverbänden entwickelt. Und ganz sicher werden wir viele Erfahrungen und Anregungen nach Berlin mitnehmen können.

Heißer Herbst

Der Parteivorstand hat in den ersten 100 Tagen Beschlüsse zu den Sozialprotesten im Herbst gefasst. Wir wollen zusammen mit den Gewerkschaften, Initiativen, Vereinen und Netzwerken eine Kampagne gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung organisieren. Wir wollen auf der Straße, am Arbeitsplatz, im Krankenhaus, im soziokulturellen Zentrum, im Internet und überall, wo Menschen zusammenkommen, über die Sozialkürzungen und Hartz IV, die Kopfpauschale, die Rente ab 67 diskutieren und möglichst viele Menschen gewinnen, um mit ihnen gemeinsam gegen die Politik der Bundesregierung zu protestieren. Wie heiß der Herbst wird, hängt von jeder Genossin und jedem Genossen ab.

Unsere Sprechstunden

● Dr. Gesine Löttsch, MdB:

☎ 9927 0725, oder im Bundestag,
☎ 2277 17876, 6. September, 17 Uhr,
Bürgerbüro Ahrenshooper Straße 5
(am besten anmelden)

● Evrim Baba-Sommer:

☎ 0172-39 25 870, 29. September,
16 Uhr, Kieztreff „Falkenbogen“,
Grevesmühlener Straße 20

● Marion Platta: ☎ 0170-698 92 55,

16. September, 17 Uhr, LiBeZem,
Rhinstraße 9

● Giyasettin Sayan: ☎ 0171-703 01 63,

6. Oktober, 17 Uhr, KULTSchule, Sewan-
straße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit
Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abge-
ordnetenhaus

● Dr. sc. Peter-Rudolf Zolt:

☎ 0151-1560 2356, 29. September,
17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Am Berl
8 – 10

Wir kommen gern in Basis- und Bürger-
veranstaltungen. **Ladet uns ein!**

12 Kinder aus Lichtenberg verbrachten ihre Sommerferien in Klein-Leuthen im Spreewald. Gesine Löttsch hatte zuvor 2 100 Euro für Ferienplätze zur Verfügung gestellt und machte sich persönlich ein Bild von den Erlebnissen der Kleinen. Auch LINKE-Senatorin Katrin Lompscher, Stadtrat Andreas Prüfer sowie MdB Marion Platta (beide DIE LINKE) beteiligten sich an der Finanzierung der Ferienplätze.



Foto: Büro Löttsch



Das Mädchen Kiêu



Umschlagentwurf von
Claudia Borchers

In diesen Tagen begeht Vietnam seinen Nationalfeiertag – für mich ein Grund, an meinen Besuch in diesem Land vor fast drei Jahren zurückzudenken. Da überbrachte unsere Delegation dem Literaturmuseum eins der letzten noch vorhandenen Exemplare des vietnamesischen Nationalepos in deutscher Übersetzung. Erschienen war das Buch 1964, mit einer späteren Nachauflage, im Verlag Rütten & Loening. Ins Deutsche übertragen hatten es Irene und Franz Faber.

Nach dem Sieg von Dien Bien Phu hatte Ho Chi Minh den damaligen DDR-Journalisten Franz Faber gebeten, das Werk zu übersetzen. Als es dann erschienen war, war in Vietnam wieder Krieg. So konnte er das Buch noch dem schwerkranken Ho Chi Minh übergeben, doch später war es verschollen.

Verfasst hatte das Werk der Dichter, Gelehrte und Diplomat Nguyễn Du, ein Zeitgenosse Goethes. Er hatte eine chinesische Legende adaptiert, doch in seiner Dichtung vietnamesische Kultur und Geschichte und das Lebensgefühl der vietnamesischen Menschen so verarbeitet, dass das Volk es als sein Epos annahm.

Inzwischen habe ich „Das Mädchen Kiêu“ gelesen. Natürlich ist es unseren Lesegewohnheiten sehr fremd, es wirkt wie ein Märchen. Dazu trägt auch die wunderbare Sprache der deutschen Nachdichtung bei. Was mich aber am meisten fasziniert: Die Helden der europäischen Epen sind ja zumeist wenig gebildete Schlagetots – von der Ilias über das Nibelungen- und das Igorlied bis zur Artus-Sage. Hier aber, in der asiatischen Kultur, gehört es zum Bild eines Helden, dass er ein Gelehrter ist, musiziert und malt.

Gegenwärtig bemüht sich die Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft in Zusammenarbeit mit einem Verlag in Vietnam um eine neue, zweisprachige Ausgabe. Leider werden die Mittel wohl nur für eine geringe Auflage für repräsentative Zwecke reichen. Darum ist dies kein Buchtipp. *Inge Junginger*

Lange Kerls

Im Tierparkschloss Friedrichsfelde lädt am Sonnabend, dem 9. Oktober, 20 Uhr, das „Traditionsregiment der Riesengarde Lange Kerls“ aus Potsdam zum historischen Tabakskollegium mit Essen und Lesung ein. Die riesigen Grenadiere – viele von ihnen damals wider eigenen Willen nur wegen ihrer Körpergröße zum preußischen Militär gepresst – traten erstmals 1713 mit dem Regierungsantritt von Friedrich Wilhelm I., dem „Soldatenkönig“, in die Öffentlichkeit. Friedrich II. schaffte sie wieder ab. Heute pflegen die „langen Kerls“ eine Tradition, die es so zivilisiert nie gab. (Eintritt: 19€)

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 7/10: 30.8.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 7.10.2010

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 27.9.2010

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Montag, 6.9., bis Sonntag, 31.10.**
Ausstellung: „Gesucht, gefunden, gemacht oder Die Poesie der Vergänglichkeit“, Collage, Decollage, Assemblage von Gudrun Wiesmann und Bernard Misgajski; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Dienstag, 7.9., 10 – 20 Uhr**
Tag der offenen Tür im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Donnerstag, 9.9., 19 Uhr**
„20 Jahre danach – jetzt ham wa den Salat“, eine satirische Sicht auf den Mauerfall und seine Folgen; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13
- **Donnerstag, 9.9., 19.30 Uhr**
„Der alltägliche Wahnsinn“, ein literarisch-musikalischer Theaterabend mit Martin Lenz, Eintritt: 4/3 €; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99
- **Freitag, 10.9., 14.30 Uhr**
Herbstfest des Lichtenberger Kulturvereins, mit Dagmar Frederic; KULTSchule, Sewanstraße 43
- **Sonnabend, 11.9., 14 Uhr**
Familienfest und Künstlermarkt: „Viva Viktoria“; Alte Schmiede, Spittastraße 40
- **Sonntag, 12.9., 17 Uhr**
„Leonce und Lena“, nach Georg Büchner; Theater im Heizhaus, Buchberger Str. 27
- **Mittwoch, 15.9., ab 11 Uhr**
Kiezfest im Falkenbogen
- **Freitag, 17.9., 15 – 22 Uhr**
Stadtteilstadt Fennpfuhl
- **Sonnabend, 18.9., 19 Uhr**
„Jazz für Sie“, Dixieland in der Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Montag, 20.9., 19.30 Uhr**
„Leben in wirrer Zeit – der Publizist und Kulturkritiker Axel Eggebracht als Autor der Weltbühne“, Lesung und Fotoschau; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Donnerstag, 23.9., 19 Uhr**
Das Zimmertheater Karlshorst zu Gast im Bürgerschloss, Hauptstraße 44
- **Sonntag, 26.9., 11 Uhr**
Lichtenberger Chorsommer; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Montag, 27.9., 19 Uhr**
Premiere: „Frau Jenny Treibel“, nach Theodor Fontane; Theater an der Parkaue
- **Donnerstag, 30.9., 19 Uhr**
„Ich musste einfach schreiben, unbedingt ...“, Lesung mit Elfriede Brüning, präsentiert von Evrim Baba-Sommer, MDA; Buchhandlung „La Chispa“, Grevesmühlener Straße 28